

## TÜRKEI

# Widerspruch, Willkür und Wahl der Staatsbürgerschaft

**Dr. Gregor Jansen aus Aachen reagiert auf die jüngsten Spannungen zwischen Deutschland und der Türkei, die daraus resultieren, dass der türkische Staatspräsident Recep Tayyip Erdogan Deutschland wegen der Absage von Wahlkampfauftreten türkischer Minister „Nazi-Praktiken“ vorgeworfen hat:**

Man kann sich nur noch wundern über so viel Chuzpe eines führenden Politikers und angeblichen Staatsmannes. Nicht genug damit, dass er seine Kritiker ohne ihnen zustehende Rechtsmittel und ohne jedwede Begründung verhaftet und inhaftieren lässt. Einzige Begründung – und diese ohne Beweise – sind Terrorverdacht oder Unterstützung von Terroristen. Sehr einfach und vergleichbar mit dem Dritten Reich, was dieser selbstherrliche und absolut realitätsferne Mächtigenautokrat uns Deutschen vorwirft. Wir haben uns Gott sei Dank dieser schrecklichsten Zeit in unserer Vergangenheit gestellt und eine stabile Demokratie geschaffen. Erdogan hat viele Oppositionelle aus dem Parlament zu jagen, kritische Journalisten inklusive Zeitungsverlage, Richter und Staatsanwälte ohne Anklagevorwürfe aus dem Verkehr zu ziehen. Deutsche Beobachter in Gerichtsverhandlungen wurden seinerzeit mit der Begründung aus dem Saal verwiesen, sie hätten in innertürkischen Angelegenheiten nichts zu suchen. Er aber besteht darauf, bei uns in Deutschland aufzutreten, als seien wir ein Ableger der Türkei.

Und unsere Politiker glauben an Deeskalation (Wir dürfen die Tür nicht zuschlagen à la Chamberlain und Daladier!). Wie viel Beleidigungen „dürfen“ wir uns denn noch gefallen lassen? Der Realitätsverlust dieses Tyrannen ist inzwischen so groß, dass ich als Arzt ihm nur den Rat geben kann, auf die Couch zu gehen.

**Heinz Effenberg aus Eschweiler beschäftigt unter anderem der Faschismusvorwurf:**

Ein Kennzeichen eines undemokratischen Regimes ist, dass der Diktator einer Gruppe oder einem Menschen eine Straftat anhängt und die Justiz dies umsetzt. Und wovon das Herzchen voll ist, davon läuft das Mündchen über. Deshalb beeindruckt mich der Faschismusvorwurf des türkischen Justizministers überhaupt

nicht. Diese Politiker führen die Türkei in die Diktatur, in den wirtschaftlichen Niedergang, in einen sich abzeichnenden Bürgerkrieg und in ein Loch, das sie bereits für andere gegraben haben. Sie unterstützen den IS, kündigen den Aussöhnungsprozess mit den Kurden auf und setzen darauf, dass die Appeasement-Politik endlos fortgesetzt werden wird. „Angela Chamberlain“ (Anm. d. Red.: Der britische Premierminister Neville Chamberlain war bekannt für seine Appeasement-Politik – Beschwichtigungspolitik – vor dem Zweiten Weltkrieg) wird diesen politischen Fehler nicht durchhalten. Die Türkei hat den Anspruch, ein Rechtsstaat zu sein, aufzugeben. Willkürliche Verhaftungen, Folter, Gleichschaltung der Presse, Aushöhlung der Justiz und die Übernahme der Bildungsinstitutionen durch willige Helfer lassen nur diesen Schluss zu. Aus diesem Staat müssen wir die Bundeswehrsoldaten abziehen, und zwar auch, weil es nicht ausgeschlossen werden kann, dass sie in „Geiselauf“ genommen werden könnten. Vergessen wir nicht, diese Türkei hält einen Teil Zyperns – einen Teil der EU – völkerrechtswidrig besetzt – und zwar mit mehr Gewalt als der russische Präsident Wladimir Putin die Krim.

Ich möchte diese Minister nicht als Wahlkämpfer in Deutschland haben. Ich möchte, dass Ditib (Anm. d. Red.: „Türkisch Islamische Union der Anstalt für Religion“) sich von den Weisungen aus der Türkei unabhängig macht und sich auf eigene Füße stellt oder verboten wird. Wenn Bekir Bozdogan, der türkische Justizminister, zum Wahlkampf nach Deutschland kommen will, kann er das als Privatmann tun. Die Kundgebung muss dann angemeldet werden, und die Kommune wird dies nach Recht und Gesetz erlauben oder verbieten. Rechtsmittel sind in unserem Rechtsstaat möglich.

**Peter Hoven aus Düren schreibt zum türkischen Wahlkampf:**

Meinungsfreiheit ist ein hohes Gut unseres Rechtsstaates, deshalb müssen wir die Wahlkampfauftrete türkischer Politiker in Deutschland aushalten. Schließlich bieten sie den 1,5 Millionen Türken in Deutschland Gelegenheit, friedlich aber unübersehbar für Demokratie und Menschenrechte zu demonstrieren.

**Manfred Schwabe aus Aachen richtet das Wort „an die deutsch-türkischen Mitbürger“:**

Ihr lebt in Deutschland in einem sehr freiheitlichen Rechtsstaat. Mit einem Ja zur Verfassungsänderung würdet Ihr die Freiheitsrechte Eurer Mitbrüder und -schwestern in der Türkei stark einschränken, sogar die Prinzipien

eines demokratischen Rechtsstaats aufgeben, aber die Freizügigkeit unseres demokratischen Rechtsstaats in Deutschland genießen. Ist das kein Widerspruch? Wäre es dann nicht konsequent, wenn Ihr die deutsche Staatsbürgerschaft zurückgeben würdet, weil Ihr nicht mehr auf den „Grundfesten“ unseres, dem deutschen Grundgesetz, stehen würdet? Dies habt Ihr bei der „Gewährung“ der deutschen Staatsbürgerschaft geschworen! War dies ein „Mein Eid“, eine Lüge?

**Wolfgang Cornely aus Stolberg regt angesichts der Debatte an:**

Die Diskussionen um die geplante Verfassungsänderung in der Türkei stoßen nicht nur dort, sondern auch bei uns auf großes Interesse, und zwar nicht nur bei den hier lebenden Türken, sondern auch bei der deutschen Bevölkerung. Wäre es deshalb nicht im Sinne einer demokratischen Willensbildung bei der zahlreich hier lebenden türkischen Bevölkerung, wenn man in einem deutschen Fernsehsender eine Diskussion zwischen Befürwortern und Gegnern der Reform anbieten würde (mit deutscher Simultanübersetzung)? Dadurch würde man den Vorwürfen der Erdogan-Regierung Paroli bieten können.

**Karl Hubert Krings aus Alsdorf betont:**

Die Diskussionen um die Wahlkampfreden der türkischen Minister in Deutschland nehmen kein Ende. Da diese Meinungsäußerungen vom Grundgesetz gedeckt sind, müssen sie auch zugelassen werden.

Nicht hinnehmen müssen wir, dass deutsch-türkische Landsleute hier in einer Demokratie mit freier Meinungsäußerung leben, aber für eine Abschaffung derer in der Türkei und für die Einführung der Todesstrafe stimmen. Sollte es in der Türkei soweit kommen, muss die Bundesregierung die doppelte Staatsbürgerschaft sofort rückgängig machen. Es muss wieder gewählt werden zwischen deutscher und türkischer Staatsbürgerschaft.

Wer für diesen Kurs Präsident Erdogan ist, hat eine deutsche Staatsbürgerschaft nicht verdient. Jeder türkischstämmige Mitbürger, der sich zum deutschen Grundgesetz bekennt, ist hier herzlich willkommen. Wer den Vorstellungen von Präsident Erdogans folgen will, sollte sich überlegen, in die Türkei zu ziehen.

**Dr. Heiner Jüttner aus Aachen lobt die Aussage des CDU-Vizes Armin Laschet:**

Lieber Armin Laschet, Ihre Aussage, dass Erdogan in Deutschland unerwünscht ist, solange der deutsch-türkische Journalist Deniz Yücel grundlos in Haft gehalten wird, unterstütze ich nachdrücklich. Allerdings ist diese Forderung zu kurz gedacht. Wir

sollten mutiger und eindeutiger sein und erklären, dass Erdogan so lange in Deutschland unerwünscht ist, wie er seine Politik des Demokratieabbaus, der Pressezensur, der Einschränkung der Menschenrechte und der gelenkten Justiz verfolgt.

**Gerd Freialdenhoven aus Aachen fordert ein striktes Vorgehen gegen Erdogan:**

Ich frage mich als deutscher Bürger dieses Landes schon, wie lange wir die Unfähigkeit oder auch Feigheit unserer Politiker unter dem Vorwand unserer Demokratie erdulden müssen, bevor mal jemand diesem durchgeknallten Herrn Erdogan zeigt, wo bei uns der Hammer hängt. Wenn er Wahlfreden halten will, soll er das in seinem Lande machen, aber nicht bei uns. Alle Türken, die bei uns leben und Herrn Erdogan hören wollen, sollen in die Türkei fliegen und dort an

„Fahnen werden auch durch energisches Schwenken nicht genießbarer, und der Rausch der Macht ist bald verfliegen.“

HANS-WALTER MÜHLHOFF,  
LESER AUS AACHEN

den Wahlveranstaltungen teilnehmen. Wenn ihnen dann die Demokratie in der Türkei besser gefällt als die bei uns, sollen sie dort bleiben.

**Adalbert Briem aus Düren gibt zu bedenken:**

Fahnen schwenken: Die hatten wir schon einmal. Die Leute, die das machen, haben den Wunsch, einem anderen die Ehre zu erweisen, weil sie ihn auch unterstützen wollen. Wer sich aber in Deutschland wohlfühlen möchte und wirklich die Integration wünscht, der schwenkt in der Öffentlichkeit keine türkische Fahne. Ich habe immer das Gefühl, die Leute sind zwangsweise hier und möchten so schnell wie möglich in die schöne Heimat am Bosphorus ausreisen. Vielleicht fehlt ihnen das Geld für die Rückreise, aber das zahlen wir doch aus der Portokasse. Da ließe sich doch was machen. Wenn die Fanatiker dann alle zu Hause sind, kann Erdogan ebenfalls zu Hause bleiben, und alle sind glücklich.

**Hans-Walter Mühlhoff aus Aachen hat sich auch Gedanken zum aktuellen deutsch-türkischen Verhältnis gemacht:**

Nun hat die von Weisungen bekanntlich unabhängige türkische Justiz durch die Verhaftung von Deniz Yücel im Nachhinein eine deutliche, handlungsstarke Replik auf Bundeskanzlerin Angela Merkels Einlassung bei ihrem Ankara-Besuch gegeben, die immerhin nach eigener Anreise, dort betont freundlich die Begriffe „Gewaltenteilung“ und „Rechtsstaat“ ins Mikrophon gehaucht hatte, mit der erkennbaren Absicht, einen Raum wechselseitiger Perspektivenverschränkung zwischen der Kanzlerin und dem türkischen Regierungschef zumindest offen zu halten.

Dann könnte er sich den staatsterroristischen Aufwand zu Anteilen sparen und auch die Werbung für den als Plebiszit getarnten Staatsstreich, der, wenn ich mich recht erinnere, vor einiger Zeit von der Bundesregierung in einem Verdikt zur Todesstrafe mit einer „roten Linie“ markiert wurde.

Den hier und jetzt mit scheinbar aufwertenden nationalistischen Schmeicheleien umworbenen Wählern beim Referendum möchte ich noch zu bedenken geben, dass sie der eigenen dauerhaften Entmündigung und Selbstentmachtung als Bürger der Türkei Beifall zollen, wenn sie mit „Ja“ stimmen. Dieser Schritt hin zu einer unkontrollierbaren Machtfülle eines Menschen, der bislang weder hier, noch dort als besonders sozial-integrativ aufgefallen ist, wird nicht rückgängig zu machen und der Preis am Ende des Tages hoch und von allen zu bezahlen sein, wie gerade „wir“ hier allzu gut wissen dürften. Fahnen werden auch durch energisches Schwenken nicht genießbarer, und der Rausch der Macht ist bald verfliegen.

**Josef Sinzenhauser junior aus Aachen zieht das Grundgesetz zu Rate:**

Das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen! Türkische Minister, die auf Geheiß ihres Großsultans dabei sind, die türkische Gesellschaft in eine faschistische Diktatur zu treiben, die dabei mitwirken, dass türkische Bürger in Gute (AKP-Anhänger) und Böse (alle Andersdenkenden) unterteilt werden, für die Meinungsfreiheit, Pressefreiheit und eine unabhängige

Justiz Teufelswerk sind, werfen der Bundesregierung vor, „sich gegen die Demokratie“ zu stellen und erdreisten sich, das als „faschistische Maßnahme“ und „Nazi-Taktiken“ zu bezeichnen. Unabhängig davon, wie „krank“ dies aus dem Munde dieser Minister, respektive Erdogans, klingt, sollten sie sich einmal mit Artikel acht des Grundgesetzes Deutschlands auseinandersetzen, der sagt: „Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln.“ Die Versammlungsfreiheit gilt somit nicht für jeden, sondern ist ein „Deutschen-Grundrecht.“ Dieser Artikel des Grundgesetzes ist geschaffen für Situationen der Art, mit denen die deutschen Behörden nun konfrontiert sind. Das Grundgesetz wollte eine Möglichkeit schaffen, um zu verhindern, dass innenpolitische Konflikte anderer Staaten auf unseren Straßen ausgetragen werden.“ (Professor Ralf Poscher, Fachmann für Versammlungsrecht, Universität Freiburg). Unterstützt wird dies durch Paragraph 47 Aufenthaltsgesetz: Danach „kann die politische Betätigung von Ausländern zum Beispiel dann beschränkt oder untersagt werden, wenn sie das friedliche Zusammenleben von Deutschen und Ausländern oder von verschiedenen Ausländergruppen im Bundesgebiet beeinträchtigt oder gefährdet“. Das passt, nach Poscher, exakt auf die geplanten Auftritte türkischer Politiker in Deutschland und gibt die rechtliche Möglichkeit, genau gegen diese Art von Veranstaltung vorzugehen.

## INFO & KONTAKT

Die Redaktion bittet um Verständnis dafür, dass sie wegen der vielen Zuschriften nur eine Auswahl treffen kann und Kürzungen vornehmen muss. Bitte beachten Sie, dass auch Leserbriefe, die per E-Mail geschickt werden, die vollständige Anschrift des Verfassers enthalten müssen.

Des Weiteren möchten wir darauf hinweisen, dass Leserbriefe nicht die Meinung der Redaktion widerspiegeln.

Leserbriefe senden Sie bitte per E-Mail ein oder an: Redaktion Leserbrief Postfach 500 110 52085 Aachen

Leserbrief-Redaktion: (montags bis freitags, 9 bis 18 Uhr) Tel.: 0241/5101-431, -444 Fax: 0241/5101-360

leserbriefe@zeitungsverlag-aachen.de



Junge Unterstützer in historischen Militäruniformen begrüßen in Istanbul den türkischen Staatspräsidenten Recep Tayyip Erdogan. Foto: Yasin Bulbul/Pool Presidential Press Service/AP/dpa